

"Durch qualitative Wandlung zur Europäischen Union" in Luxemburger Wort (8. Januar 1976)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 08.01.1976, n° 6; 129e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Durch qualitative Wandlung zur Europäischen Union", auteur:Fons Theis , p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a

URL:

http://www.cvce.eu/obj/durch_qualitative_wandlung_zur_europaischen_union_in_luxemburger_wort_8_januar_1976-de-ead050d8-3ff9-4413-8ac9-055a110a2f22.html

Publication date: 29/11/2013

Tindemans-Bericht:

Durch qualitative Wandlung zur Europäischen Union

Pragmatisches Vorgehen in Teilbereichen – Verstärkung der gemeinschaftlichen Institutionen

– Kabelbericht unseres Redaktionsmitgliedes Fons Theis (Brüssel) –

Der belgische Ministerpräsident Leo Tindemans wurde von den Regierungschefs der neun EG-Mitgliedstaaten anlässlich der Pariser Gipfelkonferenz im Dezember 1974 beauftragt, einen Bericht über die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union zu erstellen. Der Bericht wurde kurz vor Jahresende den nationalen Regierungen termingerecht übermittelt und gestern der Öffentlichkeit in Brüssel vorgestellt. Realismus und Pragmatismus zeichnen die Gedankengänge von Tindemans aus, der qualitative Wandel auf der Basis des Bestehenden wurde zum eigentlichen Schlüsselwort erhoben.

Der Bericht verzichtet bewußt, wie Tindemans gelegentlich der gestrigen Pressekonferenz betonte, auf die Definition eines Endzustandes. Diejenigen, die einen juristischen Vorschlag über den Aufbau einer endgültigen Föderalstruktur erwarten, werden also ihre Hoffnungen enttäuscht sehen. In einer realistischen Einschätzung der Lage beschränkte sich Tindemans vielmehr darauf, das politisch Machbare aufzuzeigen, d.h. einerseits in allernächster Zukunft das bereits Erreichte vor der Bedrohung zu retten und andererseits durch einen progressiven qualitativen Wandel eine unerläßliche neue Phase im Rahmen des kontinuierlichen Einigungsprozesses einzuleiten. Ein zunehmendes gemeinsames Auftreten nach außen, gezielte gemeinschaftliche Aktionen auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Regionalpolitik, die wachsende Einbeziehung der Bürger und die punktuelle Stärkung der Institutionen stellen die entscheidenden Mittel zur Erreichung der gesteckten Ziele dar.

Verpflichtung zur gemeinsamen Außenpolitik

Die EG-Länder sollen sich nach Auffassung von Tindemans zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik verpflichten, die auch die Verteidigungspolitik umfassen und für alle Mitgliedstaaten bindend sein soll. Die Mitgliedstaaten sollen dabei auch annehmen, „daß die Minderheit nach Abschluß der Beratungen sich der Mehrheit anschließt.“

Die Europäische Union muß sich nach Tindemans, mit allen Aspekten der Außenbeziehungen befassen. Die bisherige Unterscheidung zwischen Ministertagungen, bei denen es um die politische Zusammenarbeit geht, und Tagungen, auf denen über Fragen aus dem Bereich der Verträge beraten wird, soll demnach aus der Welt geschaffen werden. Dies bedeutet nicht notwendigerweise eine Verwischung der Grenzen zwischen den beiden Sachgebieten, setzt aber voraus, daß die verschiedenen Aspekte der Probleme von denselben Personen an ein und demselben Ort gemeinsam behandelt werden. Die politische Verpflichtung der Mitgliedstaaten im Rahmen der politischen Zusammenarbeit soll jedenfalls in eine rechtliche umgeformt werden.

Tindemans sieht vier Themen, auf die eine gemeinsame Außenpolitik sich vorerst konzentrieren soll: die neue Weltwirtschaftsordnung, die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, die Sicherheit und die Krisen in der unmittelbaren geographischen Umgebung Europas. Bei den multilateralen Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung soll die Gemeinschaft gemeinsam auftreten und die Beauftragten bezeichnen, die im Namen der Gemeinschaft die Politik betreiben. Die Instrumente der Gemeinschaftlichen Aktion sollen durch eine Übertragung der für die Entwicklungshilfe zusammengestellten einzelstaatlichen Mittel verstärkt werden. Um den Anstoß zu gemeinsamen Überlegungen über Natur und Inhalt, der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, „unserem Verbündeten, unserem Partner und gelegentlich unserem Rivalen“, und der Gemeinschaft zu geben, soll der Europäische Rat eines seiner Mitglieder beauftragen, entsprechende Gespräche zu führen.

Ein regelmäßiger Meinungs austausch über die spezifischen Verteidigungs- und Sicherheitsprobleme, die Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion und die Gründung einer europäischen Rüstungsagentur, sowie

die Erarbeitung einer gemeinsamen Politik bei Krisen in Europa und im Mittelmeerraum sollen das außenpolitische Bild abrunden.

Neuer Lösungsansatz für die Wirtschafts- und Währungsunion

Trotz entsprechender Beschlüsse gibt es seit Jahren keine echte politische und technische Übereinstimmung mehr zur Verwirklichung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik. Wie kann man aus der Sackgasse herauskommen? Tindemans möchte kein „Europa à la carte“ – die Abmachungen über das gemeinschaftlich zu erreichende Endziel binden nämlich alle – glaubt aber, daß ein „glaubwürdiges“ Aktionsprogramm nicht mehr entwickelt werden kann, wenn in allen Fällen alle Etappen von allen Staaten zum gleichen Zeitpunkt zurückgelegt werden müssen. Die Staaten, die sich in der Lage sehen, Fortschritte zu machen, sollen dies tun. Diejenigen Staaten, welche gemeinsam als objektiv erkannte Gründe haben, nicht weiter vorzurücken, sollen, so Tindemans, dies vorläufig lassen. Sie sollen dabei von den anderen Staaten Hilfe und Beistand erhalten, soweit diese dazu in der Lage sind, damit sie die anderen einholen können. Sie sollen aber auch in den Gemeinschaftsorganen an der Beurteilung der auf dem betreffenden Gebiet erzielten Ergebnisse teilnehmen.

Die Gemeinschaftsschlange soll weiterhin als Kern der Währungsstabilität konsolidiert werden, die Schlüsselfaktoren der Wirtschafts- und Währungspolitik, nämlich die Geldmengensteuerung, den Umfang und die Finanzierung der Haushaltsdefizite, die Konjunktursteuerung und die Inflationsbekämpfung einbeziehen und einen deutlicheren Gemeinschaftscharakter tragen als bisher.

Was die sektoriellen Bereiche anbelangt, legt Tindemans in seinem 74-Seiten-Bericht den Hauptakzent auf die Energieversorgung und die Forschung. Die Schaffung eines gemeinsamen Mechanismus bei Versorgungsschwierigkeiten, die Aufstellung von Produktions- und Verbrauchsziel und eines Programms für alternative Energiequellen, die Erschließung zusätzlicher Produktionskapazitäten und die Schaffung eines gemeinsamen Instrumentes für die Lenkung des Energiemarktes sollen dabei die Grundlage für die Energiepolitik bilden.

In einem Kapitel über das „Europa der Bürger“ hebt der Berichterstatter hervor, daß die Notwendigkeit und die Vorteile der Europäischen Union von allen anerkannt und empfunden werden müssen, „damit die Anstrengungen und notwendigen Opfer auf freiwilliger Basis erfolgen“. Angeregt werden Initiativen zum Schutz der Grundrechte, für den Verbraucher- und Umweltschutz sowie für den Ausbau der Freizügigkeit unter anderem im Bildungswesen durch gegenseitige Anerkennung von Studienabschlüssen.

Keine neuen Institutionen aber Änderung ihrer Arbeitsweise

Aus seinen Konsultationen in den verschiedenen Hauptstädten hat Tindemans den Schluß gezogen, daß die Europäische Union auf den bereits bestehenden institutionellen Grundlagen aufgebaut werden kann und muß. Als Voraussetzung gilt aber, daß ihr Leistungsvermögen, ihre Autorität, ihre Legitimität und ihre Kohärenz verbessert wird.

Zur Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments soll der Europäische Rat, nach der Vorstellung von Tindemans, dieser Institution ein Initiativrecht zuerkennen. Der Rat soll sich dabei verpflichten, über die Entschlüsse, die das Parlament ihm vorlegen wird, zu beraten, „damit die Versammlung die Möglichkeit erhält, einen effektiven Beitrag zur Definition der gemeinsamen Politik zu leisten.“ Das Parlament soll selbst in eigener Zuständigkeit jährlich zwei große Orientierungsdebatten organisieren, um die Ausrichtung der Tätigkeit der Europäischen Union zu beeinflussen.

Die Rolle des Europäischen Rats in der Zusammensetzung der Regierungschefs zur allgemeinen kohärenten Orientierung der Integrationspolitik wird in dem Bericht bestätigt. Um seine Aufgabe wirksam wahrzunehmen, soll er, wenn er Entscheidungen im Gemeinschaftsbereich trifft, in der Form und nach den Verfahren der Verträge handeln – nach Tindemans Worten schließt dies Mehrheitsbeschlüsse ein – die Institutionen oder Organe bestimmen, die mit der Ausführung einer Entscheidung betraut werden und Ausführungsfristen fortsetzen.

Nach den Vorstellungen von Tindemans soll auch der Kommission ein erweiterter Handlungsraum zugedacht werden. So soll u.a. in wachsendem Ausmaß von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, der Kommission entsprechend den Bestimmungen des Vertrages Befugnisse zu übertragen. Um der Kommission darüber hinaus eine größere Autorität und Kohäsion zu verleihen, soll in Zukunft der Ernennungsmodus abgeändert werden. Nach dem Schema Tindemans wird der Präsident der Kommission von dem Europäischen Rat ernannt.

Der auf diese Weise ernannte Präsident gibt vor dem Europäischen Parlament eine Erklärung ab und läßt seine Ernennung durch Abstimmung bestätigen. Der Präsident der Kommission ernennt daraufhin seine Kollegen nach Konsultation des Rates und unter Berücksichtigung des nationalen Verteilungsschlüssels. Da für dieses Verfahren eine Vertragsänderung notwendig ist, soll bis zu deren Verabschiedung der neue Kommissionspräsident von dem Europäischen Rat auf der zweiten Tagung 1976 ernannt werden, sich dem Europäischen Parlament vorstellen und mit den Mitgliedstaaten die Tagung des Rates vorbereiten, der die übrigen Mitglieder der Kommission ernennen muß.